



Suchergebnisse: Wälle

30. November 1487 – Herzog Albrecht IV. erlässt das sogenannte Münchner Reinheitsgebot

München * Herzog Albrecht IV. erlässt ein Braugesetz, das ausschließlich in München gilt. Bier ist für die einfache Bevölkerung in Baiern - neben dem täglichen Brot - ein Grundnahrungsmittel. Deshalb stehen sowohl Bäcker als auch Brauer unter besonderer Beobachtung. Der erste Paragraph regelt drei zentrale Punkte: Der erste Teilsatz legt den Preis für eine Mass Bier fest. Der zweite bestimmt, dass Bier ausschließlich aus Gerste, Hopfen und Wasser gebraut werden darf. Der dritte nennt die Voraussetzungen für die Erlaubnis zum Ausschank: Das Bier muss zuvor beschaut beziehungsweise geprüft und sein Preis von den im Gesetz bestimmten Prüfern festgesetzt werden. Zur Begründung der Vorschriften heißt es, dass „im Bräuwerk in unserer Stadt allhie bisher etwas Unordnung gehalten, auch die Bier so teuer [aus]geschenkt worden, daß solches gemeinen Inwohnern nit eine kleine Beschwerung und Hinderung ihres Aufnehmens gewesen.“ Den unmittelbaren Anlass für das Münchner Braugesetz bilden somit die hohen Bierpreise, die das wichtigste Getränk der Bevölkerung für viele Menschen kaum noch erschwinglich machen.

23. April 1516 – Das gesamtbaierische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbaiern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet. Das gesamtbaierische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten



angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschänken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

10. Juni 1530 – Ein Manöverspiel für die kaiserliche Gefolgschaft

Ramersdorf - Haidhausen - München * Die kaiserliche Gefolgschaft wird kurz hinter Ramersdorf, auf einer Lüften genannten Schafweide, von einer festlich herausgeputzten Ritterschar begrüßt, die den Rahmen für ein Manöverspiel bilden. Wie der Historiker Sigmund Riezler in seiner Baierischen Geschichte berichtet, ist hier „mit den herzoglichen Heerpaukern und Trompetern die Reiterei der Landsassen und Hofbeamten aufgestellt, 550 Pferde stark, darunter etwa 300 in



vollständiger Rüstung, Blankharnisch, Armzeug, Knieköpfen, die Rosse mit Eisenstrinen, alle in roten Röcken mit dem herzoglichen Wappen auf dem Ärmel, eine buntschimmernde Masse, überragt von langen, schwarz und weiß bemalten Spießen mit schwarzen Fransen. An den Anführern bewundert man damastene Röcke, goldene Ketten und vergoldete Waffen“. Jeder Reiter hat hinter sich einen Pagen, der ihm die Lanze und den Helm mit wallenden Federn trägt. Ein alter Kriegermann, der Ritter Dietrich von Knöringen, befehligt diese glänzende „cavalli alla borgognona“. Um den Empfangsplatz bilden einhundert Feldgeschütze - Quartanen, Schlangen, Falkonetlein und Mörser - einen Halbkreis, wobei die Zuschauer ganz besonders eine achtzehn Fuß lange, hölzerne, mit Eisenringen umwickelte Büchse interessiert. Diese haben baierische Truppen im Jahr 1525 vor Rastatt den aufständischen Bauern abgenommen.

13. Mai 1553 – Die festgelegte Brauzeit

München * Eine baierische Brauordnung von 1539, spätestens jedoch ein herzogliches Dekret vom 13. Mai 1553, legt fest, dass untergäriges Bier nur während des Winterhalbjahres gebraut werden darf. Die Brausaison beginnt am 29. September, dem Michaelistag, und endet am 23. April, dem Georgstag. Die zeitliche Beschränkung ist notwendig, weil die untergärige Hefe für den Gärungsprozess niedrige Temperaturen benötigt. Dabei geht man davon aus, dass die durchschnittliche Außentemperatur während dieses Zeitraums kaum über 10,4 Grad Celsius steigt.

13. Mai 1553 – Winterbier und Sommerbier

München * Das verhängte Sommersudverbot zwingt die Brauer, zu Beginn der Brausaison zunächst ein schnell reifendes, hopfen- und alkoholärmeres Bier herzustellen. Dieses Winterbier benötigt nur eine kurze Lagerzeit und kann rasch ausgeschenkt werden. Bis Ende März müssen die Brauer anschließend so viel untergäriges Bier in ihren Kellern einlagern, dass der Vorrat für den gesamten Sommer ausreicht. Dieses Sommerbier muss wegen der höheren Temperaturen besonders lange haltbar sein, da ständig die Gefahr besteht, dass es sauer wird. Für seine Herstellung verwenden die Brauer mehr Malz. Dadurch steigen die Stammwürze und der Alkoholgehalt. Zusätzlich geben sie dem Bier mehr Hopfen bei, um seine Haltbarkeit weiter zu erhöhen. Anschließend lagert das Sommerbier in den tiefen Kellern am Gasteigberg und an der Schwanthaler Höhe. Ausgeschenkt wird es erst nach dem Ende der Brausaison. Dennoch verdirbt das Bier immer wieder, weil die Münchner Lagerkeller nicht ausreichend kühl sind. Für die Brauer bedeutet dies nicht nur einen finanziellen Schaden, sondern auch den Verlust der eingesetzten Rohstoffe Hopfen und Malz.



17. Oktober 1626 – Kurfürst Maximilian I. ruft Wallenstein zu Hilfe in Oberösterreich

München - Oberösterreich * Kurfürst Maximilian I. schreibt an Albrecht Wenzel Eusebius von Waldstein, genannt „Wallenstein“, er möge einen Teil seiner Armee „zur Stillung der Unruhen nach Oberösterreich“ senden.

6. Juli 1629 – Erfolgreiche Einführung einer neuen Foltermethode

Ingolstadt * Die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt stellt das Todesurteil gegen Catharina Nickhlin aus, nachdem der Hofrat zuvor die Hinrichtung durch Verbrennen befohlen hat. Dr. Kolb exekutiert in Wallerstein zwischen 1628 und 1630 zwanzig Hexen, in Wemding ist er im Jahr 1629 für die Hinrichtung der ersten neun Delinquenten verantwortlich. Den Erfolg von Dr. Wolfgang Kolb führt man auf die Einführung einer neuen Foltermethode zurück: auf den Bock, den er erstmals im Kurfürstentum Baiern anwendet.

3. Juli 1630 – Ein für den Kaiser wenig erfolgreicher Regensburger Kurfürstentag

Regensburg * Kaiser Ferdinand II. eröffnet den Regensburger Kurfürstentag. Er wird bis November dauern. Auf dem Kurfürstentag will Kaiser Ferdinand II. die Wahl seines Sohnes Ferdinand III. zum deutsch-römischen König sichern und Unterstützung gegen die niederländischen Generalstaaten einfordern. Doch die Kurfürsten verweigern die Zustimmung zur Wahl Ferdinands III. und fordern stattdessen eine Verringerung der kaiserlichen Armee und eine Milderung der Kriegskosten. Der kaiserliche Oberbefehlshaber Albrecht von Wallenstein wird seines Postens enthoben. Der 71-jährige Johann Tserclaes Graf von Tilly erhält dafür zusätzlich zu seinem Kommando der katholischen Liga nun auch noch den Oberbefehl über das kaiserliche Heer. Der Kaiser einer Überprüfung des Restitutionsedikts zustimmen.

Dezember 1631 – Albrecht von Wallenstein kehrt wieder auf die Schlachtfelder zurück

Deutschland * Albrecht von Wallenstein kehrt wieder auf die Schlachtfelder zurück.

16. November 1632 – Der Schwedenkönig Gustav II. Adolf verliert sein Leben



Lützen - Wien * Der Schwedenkönig Gustav II. Adolf verliert in der Schlacht von Lützen sein Leben. Sein Widersacher, Albrecht von Wallenstein, setzt dem geschwächten Gegner nicht nach, sondern zieht sich danach ins Winterquartier nach Böhmen zurück. In Wien stoßen diese Entscheidungen auf Unverständnis, denn hier herrscht eine unbeschreibliche Freude „wegen der Königlichen Majestät zu Schweden Todesfall“.

25. Februar 1634 – Albrecht von Wallenstein wird in Eger ermordet

Eger * Albrecht von Wallenstein wird in Eger ermordet.

30. September 1689 – Das Kirchlein der Eremiten am Wallersee wird geweiht

Walchensee * Durch großzügige Spenden der Kurfürstin und Dritter kann das Kirchlein der Eremiten am Wallersee vom Freisinger Weihbischof zu Ehren der heiligen Anna geweiht werden.

Zur selben Zeit bevollmächtigt der Freisinger Generalvikar Pater Onuphrius zur Spendung der Sakramente. Die wenigen Siedlungen der abgelegenen Gegend sehen in den Waldbrüdern nämlich willkommene Seelsorger.

31. Oktober 1691 – Auch andere Zünfte sollen den Transport der Geschütze übernehmen

München * Die Weinwirte, Gastgeben und Bierbrauer bitten den Inneren Rat künftig auch die Zunft der Handelsleute sowie das Handwerk der Köche, Metzger, Landkutschiere und Branntweiner am Transport der Geschütze auf die Wälle heranzuziehen. Bei feierlichen Anlässen und Einzügen müssen die „Stuckh“ genannten Geschütze zum Salutschießen auf die Wälle gebracht werden. Diese Aufgabe wird bisher von den Weinwirten und Bierbauern wahrgenommen.

1692 – Die Gemeinschaft der Eremiten am Wallersee umfasst neun Klausner

Walchensee * Bald zählt die Gemeinschaft der Eremiten am Wallersee - gegen alle Abmachungen - bereits neun Klausner, woraufhin der Ordensgeneral der Karmeliten die Tertiaren-Gemeinschaft am Walchensee aus dem Orden entlässt.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen eröffnen das Feuer in Richtung Isartor



München * Gegen 4 Uhr verschanzen sich die Aufständischen hinter Erdwällen und Baumstämmen und eröffnen das Feuer in Richtung Isartor. Als die Kaiserlichen zwei Salven abfeuern, bricht der Angriff der Oberländer schon wieder zusammen.

18. März 1791 – Die Schleifung der Neuhauserbastion beginnt

München * Mit der angeordneten Schleifung der Neuhauser-Bastion bildet sich umgehend eine Initiativgruppe, die mit den Unterschriften mehrerer Hundert Münchner Bürger gegen die „gänzliche Schleifung der Wallanlagen“ protestiert. Sie betrachten es nun als „unverantwortlich, Wälle, welche fast eineinhalb Jahrhunderte stehen, und deren Herstellung mehr als drei Millionen gekostet hatte, ohne gewichtigen Nutzen, oder besondere Notwendigkeit einzuwerfen“.

6. April 1791 – Offener Protest gegen die Entfestigungsmaßnahmen

München * Naturgemäß erregen die eingeleiteten Entfestigungsmaßnahmen und das Einreißen der Stadtmauer die Gemüter der Münchner und führen umgehend zum offenen Protest gegen Kurfürst Carl Theodor. In einem Protestschreiben, das von mehreren Hundert Münchner Bürgern unterschrieben worden ist, wird der Durchstich der Neuhauser Straße ausdrücklich begrüßt, doch die gänzliche Schleifung der Wallanlagen lehnen sie ab. Die Unterzeichner betrachten es als „unverantwortlich, Wälle, welche fast eineinhalb Jahrhunderte stehen, und deren Herstellung mehr als drei Millionen gekostet hatte, ohne gewichtigen Nutzen, oder besondere Notwendigkeit einzuwerfen“.

15. September 1796 – Die Bauarbeiten für die heutige Rumfordstraße beginnen

München-Isarvorstadt * Graf Rumford lässt durch Militärkolonnen mit Arbeiten an einer Ringstraße, die heutige Rumfordstraße, beginnen. Er will das Gelände im unmittelbaren Vorfeld der Wälle räumen und zur leichteren Umfahrung der Stadt eine breite, verkehrstüchtige Straße anlegen lassen. Noch bevor die Besitzer protestieren und ihre bewegliche Habe in Sicherheit bringen können, werden die auf der geplanten Trasse liegenden Gartengrundstücke enteignet. Nicht einmal die Ernte ihrer Anpflanzungen dürfen sie noch einholen. So entsteht vor den Stadttoren die erste Umfahrung Münchens. Weil die Ringstraße als militärisch Straßenanlage begründet worden war, wehrt sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung. Auch, als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.



13. Oktober 1797 – Keine Veränderungen an den Schutzfunktionen der Stadtbefestigung

München * Um die Schutzfunktionen der Stadtbefestigung nicht vollständig aufzugeben, ordnet Kurfürst Carl Theodor an, dass im Bereich der Wälle und des Glacis keine Veränderungen mehr vorgenommen werden dürfen.

1806 – Bier als Grundnahrungsmittel im Königreich Bayern

Königreich Baiern * Auch im neu gegründeten Königreich Baiern gilt Bier weiterhin als Grundnahrungsmittel. Der Gerstensaft ist ein nahrhaftes und vergleichsweise gesundes Getränk, keineswegs jedoch ein Luxusgut. Jede Erhöhung des Bierpreises bedeutet zugleich eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Besonders für die unteren Bevölkerungsschichten verschärft sie angesichts der ohnehin niedrigen Löhne die soziale Not. Deshalb verfolgt die Bevölkerung die Entwicklung des Bierpreises mit großer Aufmerksamkeit und begegnet jeder Preiserhöhung mit Misstrauen und Argwohn.

25. April 1811 – Staatliche Festsetzung des Bierpreises

München * König Max I. Joseph erlässt eine Verordnung über die künftige Regulierung des Biersatzes im Königreich Bayern. Das sogenannte Bierregulativ ist somit eine königliche Verordnung und kein vom Landtag verabschiedetes Gesetz. Bis zur Aufhebung des Bierregulativs im Jahr 1865 bestimmen die Obrigkeit und die Regierung maßgeblich über den bayerischen Bierpreis. Dieser richtet sich daher nicht nach den Grundsätzen des freien Marktes und kann auch von den Brauern nicht eigenständig festgesetzt werden.

März 1817 – Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände

Königreich Baiern * Eine Teuerungshysterie beginnt. Man vermutet hinter den horrenden Getreidepreisen das Werk und die Machenschaften von Spekulanten und Wucherern. Die Folge sind Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände im Ausland und in Baiern.

1832 – Bier als politischer Zündstoff

Paris * In dem Jahr, in dem in der Pfalz das Hambacher Fest stattfindet, beschreibt eine Pariser



Zeitung die politische Haltung der Bayern mit einem Seitenhieb auf ihre Liebe zum Bier: „Die Bayern sind ein derbes, aber gutmütiges Volk. Sie ließen eher Holz auf sich spalten, als dass sie zu einem Aufstand zu bringen wären. Doch man nehme oder verkümmere ihnen ihr Bier, und sie werden wilder revolutionieren als irgendein Volk.“

4. März 1834 – Die Beratungen sollen ein Erfolg für König Ludwig I. werden

München-Kreuzviertel * Das nächste Zusammentreffen der Stände-Versammlung wird für die Zeit vom 4. März bis 3. Juli 1834 einberufen. Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein setzt alles daran, dass die Beratungen zu einem Erfolg für König Ludwig I. werden sollen. Und die vorausgegangenen, vom König veranlassten Einschüchterungen zeigen auch in der Abgeordnetenversammlung ihre Wirkung.

1. Juli 1834 – Gesetzesvorlage zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums

München-Kreuzviertel * Innenminister Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein bringt in die Ständeversammlung einen Gesetzentwurf zur Revision des Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetzes ein. Ziel der Gesetzesvorlage ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch Verhinderung der Verehelichung und Familiengründung durch Besitzlose. Damit sollen gleichzeitig die Lasten der Armenkasse gesenkt sowie die Unzufriedenheit der sozialen Unterschichten und die damit verbundene Revolutionsbereitschaft unterbunden werden. Der Innenminister kommt damit der überwältigenden Mehrheit der Abgeordnetenversammlung entgegen, die bereits am 13. September 1831 derartige Schritte forderte. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein schafft mit diesem Deal auch die Zustimmung zu anderen Gesetzesvorlagen wie die Zivilliste, den Festungsbau in Ingolstadt und den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

18. September 1837 – König Ludwig I. legt sich mit der Stände-Versammlung an

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. argumentiert vor der Stände-Versammlung so: „Die Verfassungsurkunde räumt den Ständen keineswegs das Recht ein, die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben unabänderlich mit verbindender Kraft für die Regierung festzustellen, nur zum Zwecke der Steuerbewilligung wird denselben das Budget vorgelegt; ein Finanzgesetz ist in der Verfassung nicht vorgeschrieben, sondern nur durch eine gezwungene Interpretation ist die bisherige Übung eingeführt worden. Zwingen lasse ich mich nicht, dafür meyne ich, sollte ich



zu gut bekannt seyn. [...]“ Die Kammer der Abgeordneten wollte einen derartigen Angriff des Königs freilich nicht akzeptieren und selbst die Kammer der Reichsräte ist von den Argumenten des Innenministers Oettingen-Wallerstein überzeugt. Es kommt, was kommen musste: wer dem König nicht nach dem Mund spricht, hat mit Sanktionen zu rechnen, weshalb Ludwig I. seinen liberal geltenden Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein am 4. November 1837 entlässt.

4. November 1837 – Karl August von Abel wird Innenminister

München * König Ludwig I. entlässt seinen als liberal geltenden Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein. An seine Stelle rückt der erkonservative Ministerialrat Karl August von Abel.

1840 – Steigende Bierpreise und wachsender Unmut

Königreich Bayern * Infolge der schleichenden Geldentwertung steigt auch der Bierpreis kontinuierlich an. Eine Mass kostet inzwischen fünf bis sechs Kreuzer, also 20 bis 24 Pfennige. Die Münchner Bevölkerung beklagt die wiederholten Preiserhöhungen schon seit Langem. Zu offenem Widerstand kommt es jedoch erst in den 1840er-Jahren. Die politische Stimmung im Königreich Bayern wird zunehmend unruhig, und das Revolutionsjahr 1848 wirft bereits seine Schatten voraus.

1843 – Der Münchner Bierkrawall von 1843

München-Graggenau * Ausführlichere Nachrichten liegen erstmals über den Münchner Bierkrawall von 1843 vor. Der Maler und Schriftsteller Friedrich Pecht erinnert sich später: „Ganz charakteristisch für München hatten sie als Veranlassung eine unbedeutende Erhöhung des Bierpreises, welche aber die Massen sehr verbitterte.“ Der Preisanstieg beendet eine längere Phase guter Ernten, niedriger landwirtschaftlicher Rohstoffpreise und weitgehend ausgebliebener Naturkatastrophen. Nun verteuert sich das Getreide so stark wie seit den Hungerjahren 1816/17 nicht mehr. Getreidehändler aus Württemberg, Baden und sogar aus der Schweiz kommen zur Münchner Schranne und bieten hohe Preise für Gerste, Roggen, Weizen und Hafer. In ihren Herkunftsregionen führen schwere Unwetter, anhaltender Regen, Hagelschlag und frühe Nachtfröste zu erheblichen Ernteaussfällen und Getreidemangel. Für die Münchner Biertrinker sind dennoch schnell Schuldige gefunden: die Brauer. Dass diese für Gerste plötzlich bis zu



dreimal so viel bezahlen müssen wie noch im Vorjahr und die gestiegenen Rohstoffkosten an ihre Kunden weitergeben, findet in der aufgebrachten Bevölkerung wenig Beachtung. Im Bockkeller an der Münzgasse kommt es schließlich zum ersten überlieferten Münchner Bierkrawall. Bei den Ausschreitungen wird mindestens eine Person schwer verletzt.

1844 – Das Maderbräuschlössl entsteht

Berg am Laim * In Berg am Laim lässt der Münchner Brauer Joseph Lochner das sogenannte Maderbräuschlössl errichten. Es befindet sich ungefähr auf Höhe des heutigen Piusplatzes, nahe der Kreuzung von Aschheimer Straße und Haager Straße. Lochner gelangt 1844 durch die Heirat mit der Witwe des letzten Besitzers in den Besitz der Maderbrauerei im Tal. Da Michael Neher das Schlösschen bereits 1850 auf zwei Ölgemälden festhält, dürfte es zwischen 1844 und 1850 entstanden sein. Ein genaues Baujahr ist bislang nicht bekannt. Das neugotische Gebäude erinnert mit seinem Erker, dem Türmchen und den wehrhaft wirkenden Formen an eine kleine Ritterburg. Wer den für seine Zeit ungewöhnlichen Bau entwirft, ist nicht überliefert. Heute ist das Maderbräuschlössl vollständig verschwunden. Auch der Zeitpunkt seines Abbruchs lässt sich nicht sicher bestimmen. Gemälde von Michael Neher und August Seidel sowie historische Pläne bewahren jedoch das Aussehen und den Standort des Gebäudes vor dem Vergessen.

23. April 1844 – Der Münchner Bierkrawall von 1844

München * Nur ein Jahr nach den Ausschreitungen von 1843 erhebt sich die biertrinkende Bevölkerung erneut. Dieses Mal kommt es zu einem schweren Krawall, bei dem Menschen verletzt und zahlreiche Einrichtungen beschädigt werden. Mit dem Beginn des sommerlichen Brauverbots am Georgstag gibt die Obrigkeit den Preis für das Sommerbier bekannt. Da dessen Herstellung aufwendiger ist und das Bier einen höheren Alkoholgehalt besitzt als das Winterbier, liegt auch sein Preis höher. Mit dem Beginn des Sommerbierausschanks steigt der Preis um einen halben Kreuzer beziehungsweise zwei Pfennige. Eine Maß kostet nun sechseinhalb statt sechs Kreuzer - oder 26 statt 24 Pfennige. Die Erhöhung entspricht etwa dem damaligen Preis einer Semmel. Auf den ersten Blick erscheint der Aufschlag moderat, zumal die Verbraucher dafür ein gehaltvolleres Bier erhalten. Dennoch löst er heftigen Widerstand aus. Der Zorn der Aufständischen richtet sich weniger gegen den König und die königliche Regierung, die den Bierpreis festsetzen, als gegen die Brauereien und deren Einrichtungen. In der Bevölkerung gelten die Brauer zunehmend als rücksichtslose Unternehmer, die technische Neuerungen vor allem zur Vergrößerung ihres Gewinns einsetzen. Viele Biertrinker haben den Eindruck, mit jeder Maß zum wachsenden Wohlstand der Brauereibesitzer beizutragen. Diese Wahrnehmung



mobiliert offenbar mehr Menschen als manche politische Forderung oder Ideologie. Klagen über den Bierpreis sind in München weit verbreitet und keineswegs auf die unteren Bevölkerungsschichten beschränkt. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, der Fremde werde, „wohin er sich auch fragend wendet“, stets auf Beschwerden über den hohen Bierpreis sowie über den vermeintlich unverhältnismäßigen Gewinn und die „unmäßige Bereicherung der Brauer auf Kosten des Publikums“ stoßen. Solche Klagen seien sogar „in den höheren Schichten der Bevölkerung, in den Gesellschaften der gebildeten Stände“ zu hören.

23. April 1844 – Soziale Not und wachsender Volkszorn

München * Neben der schleichenden Geldentwertung trägt auch eine neue, von König Ludwig I. eingeführte Biersteuer zur Preiserhöhung bei. Gleichzeitig streichen der König und seine Regierung den Soldaten die Teuerungszulage von zwei Pfennigen. Auch der Tagelohn der Arbeiter auf den königlichen Baustellen sinkt von 48 auf 44 Kreuzer - eine Kürzung um 16 Pfennige. Zusätzlichen Unmut löst die kurz zuvor verfügte deutliche Erhöhung des Brotpreises aus. Für viele Menschen ist damit die Belastungsgrenze erreicht. Ihr Zorn richtet sich gegen den König und seine Regierung, vor allem aber gegen die Brauer. Diese stehen im Ruf, „wie Fürsten und Grafen herumzustolzieren“, gewaltige „Bierfestungen“ zu errichten und ihren neu gewonnenen Reichtum stolz zur Schau zu stellen. Dieses harsche Urteil trifft zwar nur auf wenige Brauereibesitzer zu und wird auch innerhalb des Braugewerbes kritisch gesehen. In der aufgeheizten Stimmung findet eine solche Differenzierung jedoch kaum noch Gehör. Das sprichwörtliche Fass läuft über: Die Münchner entschließen sich, „Revoluzzion“ zu machen.

1. Mai 1844 – Der Ausbruch der Münchner Bierrevolution

München-Graggenau * Eigentlich soll dieser Tag für die Stadt ein besonderer Festtag werden: In der Allerheiligen-Hofkirche vermählt Erzbischof Lothar Anselm von Gebstättel den österreichischen Erzherzog Albrecht mit Prinzessin Hildegard von Bayern. Noch während der Trauungszeremonie wächst im „Maderbräu“ im Tal der Unmut über den erhöhten Bierpreis. Dort sitzende Artilleriesoldaten und Fuhrleute beginnen zu protestieren. Ein zeitgenössischer Bericht vermerkt, es seien „über den hohen Bierpreis verschiedene Aeußerungen“ gefallen, ohne diese näher zu beschreiben. Anschließend heißt es: „Sie weigerten sich, mehr als sechs Kreutzer für die Maaß zu bezahlen.“ Die Erklärungsversuche des Wirtes bleiben wirkungslos und heizen die Stimmung weiter an. Die Aufständischen beginnen, „einige steinerne Maaßkrüge zu zerschlagen“. Innerhalb kürzester Zeit schließen sich ihnen weitere Angehörige der arbeitenden Bevölkerung an. Der Bericht schildert die Eskalation: „Es verging keine Viertelstunde, so waren in



genanntem Bräuhaus alle Fenster und Krüge zerschlagen, Thüren und Kreuzstöcke aus den Mauern gerissen und eine allgemeine Zerstörung aller Meublen in den Gastzimmern angerichtet.“ Aus dem anfänglichen Streit über den Bierpreis entwickelt sich ein offener Aufruhr. Der zeitgenössische Bericht stellt fest: „Nun wurde die Sache ernsthafter und nahm einen weit schlimmeren Charakter als ein gewöhnlicher Bierexzeß an.“ Mit Steinen und Knüppeln bewaffnet zieht die Menge zu weiteren Brauhäusern im Tal. Dort setzt sich die Zerstörung fort: „Man zog, mit Steinen und Prügeln versehen, nach den anderen Bräuhäusern im Thal, und auch hier wurde alles zerschlagen. Zum Einsprengen der geschlossenen Thüren bediente sich die tobende Menge der Wagendeichsel – das Pflaster wurde aufgerissen, die stärksten Thorflügel eingeschlagen. [...] In der Zeit von ein und einer halben Stunde waren in sämtlichen Bräuhäusern der Stadt alle Fenster eingeschlagen, Thüren und Kreuzstöcke zertrümmert, Meubel und Geräthschaften zerschlagen.“ Die herbeigerufenen Gendarmen sind nicht in der Lage, die Ausschreitungen unter Kontrolle zu bringen.

2. Mai 1844 – Die Unruhen greifen auf die Stadt über

München * Die Unruhen setzen sich unvermindert fort. Erneut nehmen sie ihren Ausgang beim „Maderbräu“ im Tal. Schon bald gehen auch beim Löwenbräu Fenster und Mobiliar zu Bruch. Anschließend ziehen die Aufständischen zu den Brauereien Pschorr und Augustiner. Zeitgenössischen Berichten zufolge werden während der mehrtägigen Unruhen insgesamt 33 Brauereien und Brauhäuser verwüstet. Die Obrigkeit ruft das Militär zu Hilfe. Ein Reiterregiment, das den Befehl zum Aufsitzen erhält, verweigert jedoch den Einsatz. Die in der Bevölkerung verhassten Polizisten und Gendarmen werden von den Aufständischen angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Das Militär hält sich zunächst zurück und sieht weitgehend untätig zu. Auf den Wachstationen ersetzen Soldaten die dort gewöhnlich eingesetzten Polizeikräfte. Wegen ihres besseren Verhältnisses zur Bevölkerung gelten sie als weniger feindselig, zeigen jedoch kaum Bereitschaft zum Einschreiten. Erst als die königliche Residenz angegriffen wird, greifen die Soldaten ein. Selbst dann gehen sie so zurückhaltend vor, dass sie die Randalierer kaum ernsthaft aufhalten. Die Tumulte dauern an. Mobiliar fliegt auf die Straßen, Bilderrahmen und Porträts wohlhabender Münchner Brauereibesitzer prallen gegen die Hauswände, Fensterstöcke und Türrahmen zersplittern. Gleichzeitig zapfen die Aufständischen das frische Sommerbier direkt aus den geöffneten Fässern und füllen damit kostenlos ihre Krüge. Erst der zunehmende Rausch lässt selbst die wildesten Teilnehmer vorübergehend ermüden.

2. Mai 1844 – Unruhen vor dem Nationaltheater



München-Gruggenau * Am Abend des 2. Mai 1844 besucht König Ludwig I. gemeinsam mit der Hochzeitsgesellschaft das Theater. Nach dem ersten Akt versammelt sich eine Menschenmenge vor dem Gebäude und droht, es zu stürmen. Daraufhin verlassen zahlreiche Zuschauer ihre Plätze, um das Geschehen zu beobachten. Schließlich folgen auch der König und seine hochrangigen Gäste. Die französische Presse berichtet, Ludwig I. habe dem vor dem Theater stationierten Militär befohlen, auf die Menschenmenge zu schießen. Die Soldaten sollen diesen Befehl verweigert haben. In der deutschen Presse findet sich keine entsprechende Meldung, was sich möglicherweise mit der damals herrschenden Zensur erklären lässt. Ob sich der Vorfall tatsächlich so ereignet, bleibt ungewiss. Ausländische Zeitungen sind über die Ereignisse in München nicht immer zuverlässig informiert, und weitere Belege für den angeblichen Schießbefehl fehlen. Fest steht jedoch, dass die Unruhen König Ludwig I. in eine äußerst bedrängte politische Lage bringen.

3. Mai 1844 – Zwischen Königsjubiläum und Bierrevolte

München-Gruggenau * Am Vormittag des 3. Mai 1844 macht sich die Menge erneut daran, den Bockkeller zu verwüsten. Mitten in den Unruhen ereignet sich ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der auswärtige Beobachter in Erstaunen versetzt. Der preußische Gesandte von Küster berichtet einige Tage später: „Was nun aber am 3. Mai sich tat, gehört zu den großen Denkwürdigkeiten der Landeshauptstadt! Vorher noch hatte es die schlimmsten Ausschreitungen gegeben, dann rief der königliche Hochzeitszug stürmische Begeisterung hervor, und am Abend desselben Tages wurde weitergerandelt. Zwischen loderndem Kampfe gab es ebensolche Begeisterung für das Königshaus!“ Auch der Münchner Stadtchronist beschreibt diesen Gegensatz. Die Straßen entlang der Strecke des Hochzeitszuges sind festlich geschmückt. Immer wieder ertönen Hochrufe auf das Königshaus. Angesichts dieser Begeisterung erscheint es kaum vorstellbar, dass dieselbe Stadt nur wenige Stunden zuvor Schauplatz schwerer Ausschreitungen ist: „Der festliche Umzug ging somit ohne alle Störung vorbei, ja, er erinnerte vielmehr an die schönste Zeit wahrer Volksbegeisterung für das erlauchte Haus Wittelsbach.“ Noch am selben Nachmittag flammen die Unruhen wieder auf. Im Bockkeller zertrümmern die Aufständischen Krüge, Gläser, Bänke und Tische oder werfen sie in den nahen Kanal. In der Nacht werden auch die Hopfisterei und das Königliche Hofbräuhaus mit Steinen beworfen. Fenster gehen zu Bruch, und weitere Schäden entstehen. Trotz der starken Präsenz von Militär und Polizei und obwohl München Sitz des Königshofes ist, dauern die Ausschreitungen mehrere Tage an. Verschont bleiben lediglich das Eberlbräu und das Menterbräu, die den Bierpreis nicht erhöht haben.



4. Mai 1844 – Polizeiliche Maßnahmen und Ende der Unruhen

München * Der Münchner Polizeidirektor versucht, die Unruhen mit einem Erlass einzudämmen: „Das Zechen in den Gasthäusern wird von 6 bis 11 Uhr vormittags gar nicht, und nachmittags nur so lange geduldet, als keine Exzesse verübt werden. Bei vorfallenden Exzessen werden die Gasthäuser durch die bewaffnete Macht geräumt, und die Gäste setzen sich der Gefahr der Arretierung aus.“ Damit untersagt die Polizei den vormittäglichen Ausschank und droht bei weiteren Ausschreitungen mit der gewaltsamen Räumung der Gasthäuser und der Festnahme der Gäste. Nicht nur schlecht bezahlte Tagelöhner und andere Angehörige der unteren Bevölkerungsschichten wenden sich gegen die Preiserhöhung. Auch herbeigerufene Soldaten zeigen Verständnis für die Protestierenden und weigern sich teilweise, gegen die Aufständischen vorzugehen.

5. Mai 1844 – König Ludwig I. nimmt die Preiserhöhung zurück

München * Nach vier Tagen anhaltender Unruhen gibt König Ludwig I. schließlich nach und nimmt die Erhöhung des Bierpreises per Dekret zurück. Damit ist das wichtigste Ziel der Münchner Bierrevolution erreicht, die Unruhen klingen ab und die Lage in der Stadt beruhigt sich.

An den Ausschreitungen haben sich vor allem Angehörige der unteren Bevölkerungsschichten beteiligt. Zugleich stößt ihr Vorgehen offenbar auch in wohlhabenderen und gebildeten Kreisen auf Zustimmung. Dort herrscht vielfach die Ansicht, „die Leute [hätten] recht daran getan, es den Brauern einmal zu zeigen, da eine Bittschrift kaum einen vergleichbaren Erfolg erzielt hätte.“

5. Mai 1844 – Eine vermeintlich „geordnete“ Revolte

München * Der Bierkrawall von 1844 erscheint in manchen zeitgenössischen Schilderungen beinahe als vergleichsweise geordneter Aufstand. Angesichts zweier Todesopfer lässt sich das Geschehen jedoch kaum als harmlose, aus dem Ruder gelaufene „Riesengaudi“ abtun. Aufseiten der Ordnungskräfte kommt ein Soldat der Schweren Reiterei ums Leben. Die Aufständischen betrauern einen Bürger, der nach den Worten eines Chronisten von einem Gendarmen „mehr gegen dessen Absicht im Gewirr und eigentlich ganz unschuldigerweise mit dem Bajonett erstochen ward“. Der bekannte Stenograf Franz Xaver Gabelsberger schildert den Ablauf in einem Brief an einen Verwandten. Seiner Darstellung zufolge richtet sich die Gewalt gezielt gegen den Besitz der Brauer, während anderes Privateigentum weitgehend verschont bleibt: „Die Revolte wegen dem Biere lief, wenn man so sagen darf, mit einer solchen Ordnung und echt bayerischer Besonnenheit ab, daß außer den Brauhäusern, auf welche der derbe



Unwille der Volksmasse und des Militärs selbst gerichtet war, keines Menschen Eigentum beschädigt oder gefährdet war. In den Brauern gehörenden Häusern blieb allerdings kein Fenster bis in den dritten Stock hinauf, keine Türe, kein Laden, kein Tisch noch Stuhl, kein Ofen noch Uhr, kein Geschirr usw. mehr ganz. Es ging alles auf Kommando und in zehn Minuten war der Volkshaufen mit dem Haus fertig, die Gendarmen durften sich kaum in die Nähe wagen, und bis das Militär kam, waren sie gewöhnlich schon an jedem Platz fertig. Diese Geschichte ging schon vor acht Uhr abends an, und bis die Soldaten zum Zapfenstreich nach Hause kamen, war das meiste schon abgetan und viele hatten fleißig mitgewirkt. Dies wiederholte sich drei Tage lang, bis die Bekanntmachung angeschlagen wurde: Die hiesigen Brüder haben sich erklärt, das Bier um sechs Kreuzer verleißen zu wollen! Auch das Brot, nachdem auch Bäckern die Fenster eingeworfen worden waren, wurde gleich um vieles größer. Und da das Volk nichts anderes wollte, als wohlfeileres Bier und Brot, wohl einsehend, daß die Teuerung nur eine wucherische und erkünstelte war, so ist seitdem nun wieder alles vollkommen ruhig!“ Gabelsbergers Brief macht deutlich, dass viele Zeitgenossen die Ausschreitungen nicht als politischen Umsturzversuch, sondern als gezielten Protest gegen die Verteuerung von Bier und Brot verstehen. Seine Schilderung von „Ordnung“ und „Besonnenheit“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen sterben, zahlreiche weitere verletzt werden und erhebliche Sachschäden entstehen.

6. Mai 1844 – Die Brauer unterzeichnen das Friedensprotokoll

München * Einen Tag nach der Rücknahme der Preiserhöhung unterzeichnen die Münchner Brauer das sogenannte Friedensprotokoll. Darin heißt es: „Die versammelten Bierbrauer beschließen durch Stimmen-Mehrheit, daß der gegenwärtige Biersatz von 6 Kreuzer 2 Pfennigen für den Zeitraum von heute bis zum 16. Juli des Jahres auf 6 Kreuzer mit Einschluss des Lokal-Malzaufschlages und Schankpreises herabgesetzt werden solle.“ Damit sinkt der Bierpreis befristet bis zum 16. Juli 1844 von sechs Kreuzern und zwei Pfennigen auf sechs Kreuzer je Mass. Der Lokalmalzaufschlag und der Schankpreis sind darin bereits enthalten.

September 1844 – Anhaltende Teuerung und neue Unruhe

München * Die nach der Bierrevolution eingetretene Ruhe erweist sich als trügerisch. Die Königliche Gendarmeriekompanie der Haupt- und Residenzstadt München berichtet der Regierung von Oberbayern über die wachsende Unzufriedenheit: „Die arbeitende Klasse, nämlich Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner klagen in Wirtshäusern und öffentlichen Plätzen über große Teuerung der Viktualien. [...] Diese Klasse Menschen beschwerten sich auch über



geringen Taglohn, da sie in früheren Jahren, wo die Viktualien billiger waren, viel besser als jetzt bezahlt wurden. [...] Bei fortgesetzten hohen Viktualienpreisen dürfte noch zu besorgen sein, daß nun auch die arbeitende Klasse, die sich bis jetzt ruhig verhalten hat, mit dem unruhigen Volke gemeinsame Sache machen werde.“ Der Bericht macht deutlich, dass nicht allein der Bierpreis für Unmut sorgt. Steigende Lebensmittelpreise und niedrige Löhne verschärfen die soziale Not und nähren die Sorge der Obrigkeit vor neuen Unruhen.

Oktober 1844 – Verurteilungen wegen des Bierkrawalls

München * Während der Ausschreitungen vom 1. bis zum 3. Mai nimmt die Polizei insgesamt 67 Personen fest. Im Oktober beginnen die Verfahren gegen die mutmaßlichen Ruhestörer. Entgegen den Erwartungen werden die meisten Verfahren eingestellt. Lediglich in zwei Fällen kommt es zu Verurteilungen. Ein Angeklagter muss 2.000 Gulden zahlen, andernfalls drohen ihm fünf Jahre Arbeitshaus. Gegen einen weiteren Angeklagten wird eine Zahlung von 300 Gulden verhängt, ersatzweise zwei Jahre Polizeiaufsicht. Trotz einer königlichen Rüge spricht das zuständige Oberappellationsgericht später noch einen der Angeklagten frei.

1. Oktober 1844 – König Ludwig I. senkt den Bierpreis im Hofbräuhaus

München * König Ludwig I. reagiert auf die angespannte Lage. Im königlichen Hofbräuhaus lässt er den Preis für das weniger gehaltvolle Winterbier auf fünf Kreuzer je Maß senken. Damit will er, wie es in der Begründung heißt, „der arbeitenden Klasse und dem Militär einen gesunden und wohlfeilen Trunk [...] bieten“. Die Preissenkung beruhigt die Lage zunächst, kann die wachsende politische und soziale Unzufriedenheit jedoch nicht dauerhaft beseitigen. Vier Jahre später gerät die Monarchie während der Revolution von 1848 erneut unter starken Druck. Am 20. März 1848 dankt Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Max II. ab.

7. November 1845 – Die Teuerung hält München in Unruhe

München * Trotz der Bemühungen König Ludwigs I., die wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, bleibt die Lage in München angespannt. Ministerpräsident Karl von Abel warnt den König in einem Antrag: „Es ist eine nicht zu mißkennende Tatsache, daß die herrschende und bis jetzt in der Zunahme begriffene Teuerung eine große Aufregung und gereizte Stimmung unter einem großen Teil der Bewohner der Haupt- und Residenzstadt München erzeugt hat.“ Die Regierung befürchtet weitere Ausschreitungen. In den folgenden Jahren versetzt der König die



Armee deshalb jeweils vor Beginn der Sommerbiersaison in erhöhte Alarmbereitschaft.

1846 – Joseph Lochner übernimmt den Maderbräu

München-Graggenau * Nicht bereits im Münchner Krawalljahr 1844, sondern erst im Sudjahr 1845/46 geht der Maderbräu an Joseph Lochner über. Der neue Besitzer verfolgt ehrgeizige Pläne: Er will den Betrieb erweitern und unter den Münchner Großbrauereien etablieren.

Mai 1846 – Die befürchtete Eskalation bleibt aus

München * In den ersten Maitagen kommt es zwar zu einzelnen Ausschreitungen, doch die schweren Unruhen von 1844 wiederholen sich nicht. Der Preis für eine Mass Bier schwankt zwischen fünf und sechs Kreuzern. Selbst als sich neun der 29 Münchner Brauer für einen Preis von sieben Kreuzern entscheiden, bleibt die Lage weitgehend ruhig. Für die Zeitgenossen ist kaum vorstellbar, dass die Bierrevolution von 1844 als politisches Wetterleuchten einer weit größeren Krise gelten könnte. Vier Jahre später erfasst die Revolution von 1848 auch das Königreich Bayern und trägt zum Ende der Herrschaft Ludwigs I. bei. Am 20. März 1848 dankt der König zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Damit endet in Bayern eine politische Epoche.

30. November 1847 – König Ludwig I. bildet das Kabinett um

München-Kreuzviertel * Auch deshalb, weil sich die „Herren Minister“ weigern, die Gräfin von Landsfeld zu gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuladen, bildet König Ludwig I. - gleich nach Beendigung der Stände-Versammlung - das Kabinett um. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein wird Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie Minister des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

16. Dezember 1847 – Die neue Regierung erreicht die Aufhebung der Zensur

München * Die neuernannte Regierung versucht umgehend innenpolitisch die Wogen zu glätten und erreicht die „Aufhebung der Zensur für die inneren Angelegenheiten“. Der Leitende Minister Ludwig zu Oettingen-Wallerstein sammelt inzwischen - natürlich ohne Wissen des Königs - Material für die „Entfernung der Lola Montez“. Das bedeutet allerdings, dass satirische



Zeitschriften nun vermehrt Karikaturen von Lola und Ludwig veröffentlichen. Auch Schmähchriften kursieren in großer Menge. In der politischen Presse offenbart sich, dass die Person des Königs nicht mehr unantastbar erscheint und Ludwig I. den Staat nicht mehr unangefochten repräsentiert.

3. Februar 1848 – Ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei

München * Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 29. Januar 1848 verstorbenen Joseph von Görres führen an der Residenz vorbei. Es ist ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft. Wieder steht Ernst von Lasaulx, der Neffe von Joseph von Görres, im Mittelpunkt. Er will aus den Trauerfeierlichkeiten um den Verstorbenen eine Großdemonstration der Ultramontanen Partei inszenieren. Die Polizeidirektion versucht solche Selbstdarstellungen zu verhindern und verbietet zunächst einen geplanten Fackelzug. Dies auch aus Angst vor Krawallen verfeindeter Studentenverbindungen, deren eine das neu gegründete Korps Alemannia ist.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.



6. März 1848 – Die Minister wollen eine Weiterentwicklung der Verfassung

München * König Ludwig I. kündigt in einer vom Leitenden Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein verfassten Proklamation Verbesserungen in all den von den Bürgern geforderten Punkten an. Auch die Minister halten die Forderungen für berechtigt und plädieren für eine Weiterentwicklung der Verfassung - und damit für mehr Rechte des Parlaments. Keiner tritt für die Beibehaltung der ludovizianischen Politik ein. Die weitreichenden Zugeständnisse des Königs kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

11. März 1848 – König Ludwig I. entlässt seinen Minister Ludwig Fürst zu Wallerstein

München * In einem Anfall von Rachegeleuten entlässt König Ludwig I. seinen Leitenden Minister Ludwig Fürst zu Wallerstein.



17. März 1848 – Lola Montez verliert das bayerische „Indigenat“ und wird gesucht

München * Ludwig Fürst zu Öttingen-Wallersteins Posten geht an Gottlieb Freiherr von Thon-Dittmer, der mit seiner ersten Amtshandlung der Lola Montez das „Bayerische Indigenat“ entzieht. König Ludwig I. muss öffentlich verkünden, dass Lola Montez das bayerische „Indigenat“ nicht mehr besitzt, sie als „Unruhestifterin“ mit Haftbefehl gesucht und nach ihrer Festnahme in die nächstgelegene Festung gebracht wird.

1. Mai 1848 – Erneuter Bierkrawall nach der Abdankung Ludwigs I.

München * Nur wenige Wochen nach der Abdankung König Ludwigs I. richtet sich der Volkszorn erneut gegen die Münchner Brauer. Der überraschende Erfolg der revolutionären Proteste stärkt das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, „dass das Krawallmachen in die Mode kam und alle Welt sich an den Gedanken bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt gewöhnte“. Der neuerliche Bierkrawall bleibt jedoch deutlich kleiner als die Bierrevolution von 1844. Die Behörden nehmen 24 Aufständische fest, unter ihnen drei mutmaßliche Brandstifter, und sperren sie in den Neuturm.

13. Mai 1848 – Die Wiener Zeitung berichtet über den Münchner Biertumult

Wien * Die „Wiener Zeitung“ berichtet spöttisch über den Biertumult in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt: „Der Münchener Pöbel scheint es sich nicht nehmen lassen zu wollen, dass er Anfang Mai seine Bier-Revolution machen müsse. Und das, nachdem er sechs Wochen zuvor doch erst den König gestürzt hatte, und das nicht einmal wegen des Bierpreises!“ Der abwertende Ton des Berichts zeigt, dass die Münchner Bierkrawalle außerhalb Bayerns bereits als regelmäßig wiederkehrende Besonderheit der Stadt wahrgenommen werden.

13. Juli 1848 – Barrikadenkampf vor dem Maderbräu

München-Graggenau * Vor dem Maderbräu im Tal, dem heutigen Weissen Bräuhaus im Tal, kommt es zu einem ersten gewaltsamen Zusammenstoß zwischen den Bierrebellanten und den Linientruppen. Die Aufständischen errichten eine Barrikade und liefern sich ein Gefecht mit den Ordnungskräften. Zu den Schwerverletzten gehören zwei Soldaten, Angehörige der Gendarmerie und vierzehn Aufständische. Der Kampf vor dem Maderbräu bildet jedoch nur den Auftakt zu weiteren, noch blutigeren Auseinandersetzungen.



Oktober 1848 – Der Oktoberaufstand zeichnet sich ab

München * Steigende Preise für Gerste und Hopfen verteuern im Herbst 1848 erneut das Bier. Der Unmut darüber verbindet sich mit der revolutionären Grundstimmung des Jahres und führt zu einem weiteren Aufruhr.

17. Oktober 1848 – Der Oktoberaufstand von 1848 beginnt

München * Am frühen Morgen ziehen Menschenmengen durch die Münchner Straßen. Unter den Protestierenden befinden sich Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendliche und Frauen. Sie verlangen, den Preis für eine Mass Bier auf vier Kreuzer zu senken. Schon bald gehen die ersten Fensterscheiben zu Bruch. In Wirtshäusern und Geschäften kommt es zu Verwüstungen. Der Bierpreis ist jedoch nicht die alleinige Ursache der Ausschreitungen vom 17. und 18. Oktober. Die Münchner Brauer bieten das Winterbier bereits für viereinhalb Kreuzer beziehungsweise 18 Pfennige je Mass an. Damit liegt ihr Preis zwei Pfennige unter dem amtlich festgesetzten Satz. Dennoch fordern die Aufständischen eine weitere Senkung auf vier Kreuzer. Der Protest bringt somit auch die allgemeine soziale und politische Unzufriedenheit des Revolutionsjahres zum Ausdruck.

18. Oktober 1848 – „D’ Maß für viere!“ – Der Aufstand eskaliert

München * Die Unruhen verschärfen sich. Erneut ziehen Menschenmengen durch die Stadt und greifen Brauhäuser und Bäckereien an. Ein zeitgenössischer Bericht spricht abwertend von „viel Volk, Buben, schlimmen Weibern und dergleichen aus Giesing und der Au“. Die Aufständischen verleihen ihrer Forderung nun mit einem gemeinsamen Sprechchor Nachdruck: „Wir wollen die Mass für vier Kreuzer!“ Auf Bairisch schallt es durch die Straßen: „D’ Maß für viere! D’ Maß für viere! D’ Maß für viere!“ Bereits am Vormittag verwüstet eine Gruppe aus Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendlichen und Frauen mehrere Brauhäuser und Bäckereien. Bier wird geplündert und auf offener Straße getrunken. Je deutlicher die Schutzlosigkeit der Brauer und Wirte zutage tritt, desto größer wird deren Sorge. Zugleich wächst die Zahl der Aufständischen. Zu den ursprünglichen Teilnehmern stoßen weitere Handwerksgesellen, Jugendliche, Frauen und zahlreiche Militärangehörige. Bald fordern sie nicht mehr nur eine Preissenkung, sondern Freibier. Eine neue Parole macht die Runde: Schließlich geben einige Wirte und Brauer dem Druck nach. Das Bier wird kostenlos ausgeschenkt und fließt in großen Mengen.



18. Oktober 1848 – Das Gerücht von drei getöteten Soldaten

München * Am Nachmittag des 18. Oktober 1848 verbreitet sich das Gerücht, Bräuknechte der Pschorrbrauerei in der Neuhauser Gasse hätten drei Soldaten erschlagen. Ob die Meldung zutrifft, ist zu diesem Zeitpunkt unklar. Dennoch heizt sie die Stimmung weiter an. Aus allen Richtungen strömen Menschen zum Pschorrschen Bräuhaus in der Neuhauser Straße.

18. Oktober 1848 – Brauer unter dem Druck der Aufständischen

München * Auch andere Münchner Brauer geraten in Bedrängnis. Der Inhaber des Löwenbräus bringt sich und seine Familie vor der anrückenden Menge in Sicherheit. Nach einem zeitgenössischen Bericht gelingt die Flucht „mittels einer von großem Mute getragenen Abseilung aus dem im zweiten Stockwerke gelegenen Fenster“. Simpert Floßmann, der Besitzer des Stubenvollbräus am Anger, berichtet dem Bürgermeister: „Als ich des Abends in mein Haus zurückkam, ist ein großer, von Soldaten geführter Volksschwarm meist betrunkenen Leute in meine Wirtschaft gedrungen, um nach dem Bierpreis zu fragen. Ich sagte: ‚Viereinhalb Kreuzer, aber heute könnt ihr so viel ohne Geld trinken, wie ihr wollt!‘ Sie aber machten geltend, dass, wenn mir mein Leben und mein Eigentum geschützt werden solle, ich das Bier um vier Kreuzer abgeben müsse. Dann forderten die Rädelsführer Handschlag auf Ehrenwort, dass ich diesen Preis den ganzen Winter über halten würde. Als dies geschehen, bildeten sie einen sogenannten ‚Sicherheitsausschuß‘ für mich, meine Frau und mein Eigentum und zogen, gleiches zu tun, wenn er sich als willig erweise, zum Menterbräu ab. Freilich nicht, ohne vorher noch zwei Stunden lang tüchtig zu zechen.“ Auf diese Weise zwingen die Aufständischen Floßmann, den geforderten Bierpreis mit Handschlag zuzusichern. Im Gegenzug stellen sie ihn, seine Familie und seinen Besitz unter ihren Schutz. Anschließend ziehen sie zum Menterbräu weiter. Ähnlich ergeht es Mathias Pschorr, dem damaligen Inhaber des Hackerbräus.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München



stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umdriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umdriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

1859 – Bierboykott statt Straßenkrawall

München * Als der Münchner Magistrat den Schankpreis auf sechs Kreuzer je Mass festsetzt, reagiert die Bevölkerung mit einer neuen Form des Protests: Viele Menschen verzichten bewusst auf Bier. Die Münchner Stadtchronik berichtet: „Bei dem Eintritt des erhöhten Bierpreises ließ, wie wenn es allgemein verabredet gewesen wäre, der Bierkonsum mit einem Male auffallend



nach. Die sonst am zahlreichsten besuchten Gastlokaliitäten blieben spärlich besucht und waren sehr lange vor der Polizeistunde gänzlich leer. Es bildeten sich förmlich Bierenthaltungsvereine. [...] Arbeiter der großen, bei vierhundert Köpfe zählenden Maschinenfabrik von Maffei [verpflichteten sich] durch eigene Unterschriften, [bei] Eintritt des Feierabends kein Bier zu trinken, so lange die hohen Bierpreise bestünden.“ Der Boykott zeigt Wirkung. Mehrere Brauer und Wirte bieten ihr Bier schließlich unter dem amtlich festgelegten Preis an. Dennoch bleibt der Verbrauch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Stadtchronik hält fest: „Aber dem ohngeachtet blieb die Bierkonsumtion im heurigen Winter gegen frühere Jahre bedeutend zurück, denn viele Hunderte hatten sich bereits daran gewöhnt, weniger Bier zu trinken.“ Anders als bei den früheren Bierkrawallen setzen die Münchner ihren Protest nun mit Konsumverzicht und wirtschaftlichem Druck durch.

8. Oktober 1865 – Bierkrawall auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Kurz nach der Freigabe des Bierpreises eskaliert auf dem Oktoberfest der Unmut über eine Preiserhöhung von nur einem Pfennig. Zwischen den Festbesuchern bricht eine große Schlägerei aus. Die Gendarmen greifen nicht ein. Aus Sorge vor weiteren Zusammenrottungen und einer möglichen Ausweitung der Unruhen ziehen sie sich in ihre Reviere zurück und überlassen das Geschehen zunächst sich selbst. Ob diese Entscheidung der Deeskalation dienen soll oder auf die Unsicherheit der Ordnungskräfte zurückzuführen ist, bleibt offen.

1. Juni 1866 – Erneuter Bierkrawall in München

München * Während sich der Konflikt zwischen Österreich und Preußen zuspitzt und Bayern auf österreichischer Seite mobil macht, entzündet sich in München erneut ein Aufruhr am Bierpreis. Vom Sterngarten zieht eine protestierende Menge unter dem Ruf „Das Bier ist zu teuer!“ zum Karlstor. Auf ihrem weiteren Weg durch die Neuhauser Straße bis zum Färbergraben beschädigen die Aufständischen zahlreiche Brauereien und Wirtshäuser. Nur das Pschorr-Brauhaus bleibt verschont. Der alte Pschorr versichert der Menge: „Geht’s nur weiter, ich geb das Bier schon um sechs Kreuzer.“ Auf die Frage „Ist’s aber auch wahr?“ antwortet er: „Ganz gewiss!“ Daraufhin zieht die Menge weiter. Bei der Spatenbrauerei greifen schließlich Chevaulegers mit blanken Säbeln ein. Bei den gewaltsamen Zusammenstößen kommen zeitgenössischen Berichten zufolge zwei Menschen ums Leben; mehr als 100 werden verletzt.



1871 – Münchner Maurer treten in den Bierstreik

München * Aus Protest gegen schwankende Bierqualität sowie offene und verdeckte Preiserhöhungen treten Münchner Maurer in den Bierstreik. Sechs Wochen lang verzichten sie auf Bier und trinken stattdessen demonstrativ Milch. Schließlich eskaliert der Konflikt in gewaltsamen Ausschreitungen. Aus Sorge vor weiteren Angriffen bringen mehrere Brauer ihre Ehefrauen und Kinder vorübergehend außerhalb Münchens in Sicherheit. Erst als sich die Lage beruhigt, kehren die Familien in die Stadt zurück.

27. Dezember 1871 – Der Liter verschärft den Bierpreisstreit

München * Neue Auseinandersetzungen um den Bierpreis kündigen sich an. Der Konflikt, der bis 1874 andauert, wird nicht nur in Wirtshäusern und auf der Straße, sondern zunehmend auch in den Zeitungen ausgetragen. Zusätzlichen Unmut verursacht die Einführung des metrischen Systems zum 1. Januar 1872. Der Liter ersetzt die bisherige bayerische Maß, die rund 1,069 Liter fasst. Die Gäste erhalten künftig also 0,069 Liter weniger. Gleichzeitig soll der Ausschankpreis von sechseinhalb Kreuzern für die alte Maß auf sieben Kreuzer je Liter steigen. Am 27. Dezember 1871 eröffnet der „Volksbote“ den publizistischen Streit: „Infolge der maßlosen Bedrückung der hiesigen Wirte vonseiten der Brauer bei Einführung des neuen Maßes, des Liters, sind Erstere gezwungen, das ihnen von den Brauern unter dem Titel ‚Bier‘ verabfolgte Gebräu, das jetzt sechseinhalb Kreuzer je Maß kostet, vom 1. Januar an um sieben Kreuzer je Liter auszuschenken.“ Damit entzündet sich ein polemischer Zeitungskrieg, in dem sich die beteiligten Blätter gegenseitig mit scharfen Angriffen überbieten.

29. September 1872 – Erstmals wird auf der Wiesen das sogenannte Märzenbier ausgeschenkt

München-Theresienwiese - München-Au * Bis 1872 wird auf der Wiesen das sogenannte Sommerbier ausgeschenkt. Nachdem der Sommer dieses Jahres sehr heiß gewesen ist, gingen dem Leistbräu die Vorräte an Lagerbier aus. Michael Schottenhamel will auf dem Oktoberfest jedoch kein Winterbier ausschenken, weshalb er Sedlmayr's Märzenbier zum Ausschank bringt. Der Bierpreis liegt mit 12 Kreuzern 3 Kreuzer über dem üblichen Preis, was den Polizeipräsidenten wegen zu erwartender Bierkrawalle schlecht schlafen lässt. Michael Schottenhamel meint dazu nur: „Wann d'Münchner was richtig's kriag'n, na schaug'n sie's Geld net o!“ Und tatsächlich, das neue Münchner Bier findet einen derartigen positiven Anklang, dass bald alle Brauereien ein Märzenbier entwickeln.



Oktober 1872 – Das Märzen erobert das Oktoberfest

München * Nach dem außergewöhnlich heißen Sommer sind die Vorräte an Lager- und Sommerbier bereits vor Beginn des Oktoberfests nahezu aufgebraucht. Dem Wiesnwirt Michael Schottenhamel droht das Bier auszugehen. Als Ersatz bietet ihm Joseph Sedlmayr von der Franziskaner-Leistbrauerei ein neuartiges, bereits im März nach Wiener Art gebrautes Bier an: das Märzen. Das bernstein- bis goldfarbene Bier besitzt eine Stammwürze von ungefähr 16 Prozent und ist dadurch kräftiger, malzbetonter und alkoholreicher als das bisher ausgeschenkte Sommerbier. Wegen des höheren Rohstoffeinsatzes kostet die Maß zwölf statt der üblichen neun Kreuzer. Brauer und Polizeibehörde befürchten angesichts der zurückliegenden Bierkrawalle neue Unruhen. Schottenhamel setzt jedoch auf seine Kenntnis des Münchner Publikums: „Wann d'Münchner was Richtigs kriag'n, na schaug'n s'Geld net an.“ Die Ausschankgenehmigung wird zunächst nur unter der Bedingung erteilt, dass Schottenhamel für mögliche Folgen selbst einsteht. Doch die Befürchtungen erfüllen sich nicht: Das kräftige, malzaromatische Märzen findet bei den Gästen großen Anklang. Trotz des höheren Preises wird es zum Verkaufserfolg und entwickelt sich in den folgenden Jahren zum klassischen Oktoberfestbier.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltermoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinsäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinsäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.



20. Juni 1874 – 25.000 Münchner beginnen den Bierboykott

München * Zu Beginn des Sommers erreicht der Bierpreisstreit einen neuen Höhepunkt. Am Morgen des 20. Juni beginnt ein groß angelegter Bierboykott. Nach Angaben der Zeitung „Zeitgeist“ beteiligen sich mindestens 20.000 bis 25.000 Männer. Sie meiden alle Gaststätten, die für einen Liter Bier mehr als acht Kreuzer verlangen. Die Aktion zeigt rasch Wirkung: Zahlreiche Wirte, deren Gäste überwiegend der Arbeiterschaft angehören, nehmen die Preiserhöhung zurück.

24. Juni 1874 – Ein Bierstreik als organisierter Verbraucherboykott

München * Auf der Titelseite seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 24. Juni 1874, ruft der „Zeitgeist“ unter der Überschrift „An die Arbeiter Münchens!“ dazu auf, den Boykott bis zu einem vollständigen Erfolg fortzusetzen: „Der am Morgen des 20. Juni von wenigstens 20–25.000 Männern begonnene Bierstreik hat bis heute bereits namhafte Erfolge zuwege gebracht. Eine erhebliche Anzahl von Wirten, bei denen die Arbeiter zahlreich zu verkehren pflegen, haben den Bierpreis, so wie gefordert, herabgesetzt. Dieser teilweise Sieg war ein über Erwarten rascher.“ Die Zeitung warnt davor, in der Entschlossenheit nachzulassen. Der Aufruf endet mit der eindeutigen Parole: „Kein Arbeiter darf auch fernerhin irgendwo ein Glas Bier trinken, wo der Liter mehr als acht Kreuzer kostet!“ Der sogenannte Bierstreik erweist sich damit als organisierter Verbraucherboykott. Statt die Arbeit niederzulegen oder gewaltsam gegen Brauereien vorzugehen, setzen die Münchner Arbeiter Wirte und Brauer durch gemeinsamen Konsumverzicht wirtschaftlich unter Druck.

21. Juli 1874 – Solidarität zwingt den Wirt zum Einlenken

München-Au * Der Bierboykott zeigt Wirkung. Der Wirt „Zum Bereiter Anger“ bietet den Arbeitern der Lederfabrik Seiler und Bromberger den Liter Bier zunächst für acht Kreuzer an. Alle übrigen Gäste sollen weiterhin neun Kreuzer bezahlen. Die Arbeiter lehnen diesen Preisnachlass für ihre eigene Gruppe ab. Sie erklären, den Boykott fortzusetzen, solange der niedrigere Preis nicht für sämtliche Gäste gilt. Daraufhin gibt der Wirt nach und senkt den Bierpreis allgemein auf acht Kreuzer. Die „Süddeutsche Volksstimme“ würdigt am 21. Juli 1874 die solidarische Haltung: „Die Arbeiter erklärten jedoch, unter diesen Umständen den Streik aufrecht erhalten zu müssen. Der Wirt gab nun nach und verkauft jetzt durchgängig das Bier nur um 8 kr. Es ist sehr zu wünschen, dass andere Stände von diesem Gemeinsinn der Arbeiter lernen, statt wie bisher über diese loszuziehen.“ Der Vorgang macht deutlich, dass es den Arbeitern nicht nur um einen



persönlichen Preisvorteil geht. Ihr gemeinsames Vorgehen soll eine Preissenkung für alle Gäste erreichen.

22. Juli 1874 – Arbeiter der Zentralwerkstätten setzen sich durch

München * Nach einem zehntägigen Bierboykott erzielen die Arbeiter der Zentralwerkstätten einen Erfolg. Der betroffene Wirt gibt ihrem wirtschaftlichen Druck nach und senkt den Preis für einen Liter Bier auf acht Kreuzer. Die Zeitung „Der Zeitgeist“ meldet knapp: „Die Arbeiter der Zentralwerkstätten haben nach zehntägigem Strike gesiegt, der Liter Bier kostet 8 Kr.“ Der Erfolg bestätigt die Wirksamkeit des gemeinsamen Konsumverzichts und bestärkt andere Arbeiter darin, den Boykott fortzusetzen.

23. Juli 1874 – Brauer drohen Wirten mit Lieferstopp

München * Die Münchner Brauer reagieren auf die Erfolge des Bierboykotts. Sie setzen Gastwirte unter Druck, die den Liter Bier bereits wieder für acht Kreuzer ausschenken. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Volksstimme“ drohen sie damit, diesen Wirten kein Bier mehr zu liefern. Einige Gaststätten müssen deshalb erneut neun Kreuzer verlangen: „Verschiedene Wirte, welche das Bier schon für 8 kr. gaben, mussten auf Drängen der Bräuer und die Drohung derselben, ihnen kein Bier mehr zu liefern, wieder den erhöhten Preis von 9 kr. verlangen.“ Damit verschärft sich die Auseinandersetzung: Die Arbeiter antworten mit Boykott, die Brauer mit wirtschaftlichem Druck auf die Wirte.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitete sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.



1. Januar 1875 – Ein Kompromiss beendet den Bierkrieg

München * Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Wirten und Brauern endet der Münchner Bierboykott. Der allgemeine Preis für einen Liter Bier pendelt sich bei achteinhalb Kreuzern ein. Damit liegt er zwischen den von den Arbeitern geforderten acht Kreuzern und den von zahlreichen Wirten verlangten neun Kreuzern. In gehobenen Gaststätten müssen die Gäste allerdings weiterhin deutlich mehr bezahlen: Dort kostet der Liter Bier bis zu zehn Kreuzer. Der gefundene Kompromiss beendet zwar den organisierten Protest, beseitigt jedoch nicht die Preisunterschiede zwischen den Münchner Wirtschaften.

April 1886 – Drohungen wegen einer möglichen Bierpreiserhöhung

München * Als sich eine Erhöhung des Bierpreises auf sieben Kreuzer je Mass abzeichnet, kursieren in München zahlreiche Drohbriefe und Schmähschriften.

März 1887 – Überfüllte Halle am Rand des Krawalls

München-Au * Während der Starkbiersaison ist die Halle des Salvatorkellers vollständig überfüllt. Das Schreien und Toben nimmt derartige Ausmaße an, dass die Situation jederzeit außer Kontrolle geraten kann. Ein zeitgenössischer Bericht hält erleichtert fest, es sei ein Glück gewesen, „dass unabsehbare Exzesse nicht stattgefunden haben“. Die befürchtete Eskalation bleibt in diesem Jahr noch aus. Doch die angespannte Lage kündigt bereits die gewaltsame „Salvatorschlacht“ des folgenden Jahres an.

11. März 1888 – Von der Wirtshausrauferei zum Bierkrawall

München-Au * Nicht jeder Bierkrawall entsteht aus Protest gegen steigende Preise, die Obrigkeit oder die Brauereien. Das zeigt eine große Massenschlägerei, die als „Salvatorschlacht“ in die Münchner Stadtgeschichte eingeht. Zwar steigt der Preis für die Mass während der Starkbiersaison 1888 um einen Pfennig. Diese Erhöhung bildet jedoch lediglich den angespannten Hintergrund der Ereignisse. Ausgelöst wird die gewaltsame Auseinandersetzung am 23. März durch einen scheinbar nichtigen Anlass. Was zunächst wie eine gewöhnliche Wirtshausrauferei beginnt, entwickelt sich zu einem der bekanntesten Bierkrawalle des ausgehenden 19. Jahrhunderts.



16. März 1888 – Salvatorkeller bleibt zur Kaiserbeisetzung geschlossen

Berlin - München-Au * Kaiser Wilhelm I. wird am Freitag, dem 16. März, im Mausoleum des Schlossparks Charlottenburg beigesetzt. Aus Anlass der Trauerfeier bleibt der Münchner Salvatorkeller an diesem Tag vollständig geschlossen. Damit folgt die Brauerei den staatlichen Trauervorschriften. Öffentliche Vergnügungen und der sonst stark besuchte Ausschank des Salvatorbiers müssen während der Beisetzungsfeier ruhen.

20. März 1888 – Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten

München-Au * Auf dem Salvatorkeller geraten angetrunkene Soldaten und Zivilisten aneinander. Aus dem Streit entwickelt sich eine heftige Schlägerei. Ein zeitgenössischer Bericht hält fest: „Eine ziemliche Anzahl Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.“ Trotz des gewaltsamen Zwischenfalls ordnen die Behörden keine zusätzlichen Beschränkungen an. Der Salvatörausschank wird bis einschließlich 24. März in der üblichen Form fortgesetzt. Die Auseinandersetzung erweist sich jedoch als Vorzeichen der noch schwereren Ausschreitungen vom 25. März.

24. März 1888 – Der Starkbierausschank wird um einen Tag verlängert

München-Au * Nach einer Übereinkunft aus dem Jahr 1833 endet der Ausschank des Märzenbocks [= Salvator] auf dem Nockherberg am Samstag vor dem Palmsonntag, da dann die Karwoche beginnt. Die Schmederer-Brauerei möchte jedoch den Umsatzausfall ausgleichen, der durch die Schließung während der Beisetzung Kaiser Wilhelms I. am 16. März entstanden ist. Sie beantragt deshalb, den Starkbierausschank um einen Tag zu verlängern. Die Behörden genehmigen die Verlängerung.

25. März 1888 – Ein Zylinder löst die erste Schlägerei aus

München-Au * Eine der beiden Auseinandersetzungen beginnt nach zeitgenössischen Berichten mit einem Zylinderhut. Ein von mehreren Freunden begleiteter Besucher betritt den Salvatorkeller mit der auffälligen Kopfbedeckung. In dem von Arbeitern, Handwerksgesellen und Soldaten geprägten Umfeld gilt der Zylinder als provozierendes Zeichen bürgerlicher Vornehmheit. Eine Gruppe von Männern, in den Berichten abwertend als „Strizzis“ bezeichnet, drückt dem Besucher den Zylinder auf dem Kopf zusammen. Dieses sogenannte „Zylinder-Eintreiben“ [=



Zusammendrücken] scheint damals verbreitet zu sein. Bereits 1885 warnt ein Plakat im Löwenbräukeller: „Zylinder-Eintreiben, Bierfilzlwerfen, Pfeifen durch die Finger sowie Klopfen mit Spazierstöcken auf die Tischplatte ist polizeilich verboten!“ Der angegriffene Zylinderträger schlägt daraufhin einem völlig unbeteiligten Gast einen Masskrug auf den Kopf. Der Getroffene bricht blutüberströmt zusammen. Weitere Besucher greifen nun ebenfalls Männer mit Zylindern und zusammenklappbaren Chapeau-claque-Hüten an. Aus dem zunächst begrenzten Streit entsteht innerhalb kürzester Zeit eine größere Schlägerei, die sich mit einer zweiten Auseinandersetzung im überfüllten Salvatorkeller verbindet.

25. März 1888 – Die Salvatorschlacht

München-Au * Das Musikverbot wegen der Staatstrauer um den verstorbenen Kaiser Wilhelm I. dämpft zwar zunächst die Stimmung auf dem Nockherberg, verhindert aber keine Ausschreitungen. Der genaue Auslöser der „Salvatorschlacht“ lässt sich später nicht mehr feststellen. Vermutlich entstehen an verschiedenen Stellen gleichzeitig zwei zunächst unbedeutende Streitigkeiten, die sich in der dicht gedrängten Menge überlagern und rasch ausweiten. Innerhalb kurzer Zeit entwickelt sich daraus eine gewaltige Massenschlägerei. Mehrere Hundert Besucher geraten aneinander. Der als Verlängerung des Starkbierfestes genehmigte zusätzliche Ausschanktag geht als „Salvatorschlacht“ in die Münchner Stadtgeschichte ein.

25. März 1888 – Rekruten greifen ihren Vorgesetzten an

München-Au * Gleichzeitig entsteht an anderer Stelle ein zweiter Konflikt. Angetrunkene Rekruten des Infanterie-Leib-Regiments entdecken unter den Gästen einen verhassten Sergeanten. Der Vorgesetzte gilt in der Kaserne als „Leuteschinder“. Die Rekruten nutzen die Gelegenheit zu einer spontanen Racheaktion und verprügeln ihn. Freunde des Sergeanten greifen ein und kommen ihm zu Hilfe. Die Auseinandersetzung weitet sich rasch über die Kellerhalle und den Biergarten aus. Schließlich gilt die Parole „Jeder gegen jeden“. Maßkrüge fliegen durch die Luft, während die Beteiligten mit Fäusten und „Hackelstegga“, Spazierstöcken mit gebogenem Griff, aufeinander einschlagen. Zahlreiche Gäste suchen unter den Tischen Schutz; dennoch werden viele Menschen verletzt. Zu Beginn des Tumults stehen dem Saalschutz lediglich ein Gendarmeriewachtmeister und wenige Ordnungskräfte zur Seite. Gegen die gewaltbereite Menge sind sie machtlos. Sie alarmieren weitere Gendarmen sowie die Wache des nahe gelegenen Zuchthauses und die dort einquartierten Infanteristen. Doch auch die eintreffenden Soldaten können die Schlägerei zunächst nicht beenden. Die beiden gleichzeitig entstandenen Konflikte



haben sich inzwischen zu einer unübersichtlichen Massenschlacht verbunden, die den gesamten Salvatorkeller erfasst.

25. März 1888 – Schwere Reiter räumen den Nockherberg

München-Au * Da Gendarmen und Infanteristen die Massenschlägerei nicht beenden können, werden 50 Schwere Reiter aus der Neuen Isarkaserne an der Zweibrückenstraße angefordert. Auf dem Gelände befindet sich heute das Deutsche Patent- und Markenamt. Als die berittene Einheit auf dem Nockherberg eintrifft, verbünden sich die zuvor gegeneinander kämpfenden Gruppen gegen die Soldaten. Die Aufständischen werfen Pferde und Reiter mit Steinen und Maßkrügen. Daraufhin erhalten die Schwere Reiter den Befehl zum Eingreifen. Sie drängen in die Menge und schlagen mit den flachen Seiten ihrer Säbel auf die Beteiligten ein. Den Reitern gelingt es schließlich, die Menschenmenge auseinanderzutreiben und die Kellerhalle sowie den Biergarten zu räumen. Die meisten Beteiligten können fliehen; lediglich 20 Personen werden festgenommen. Zahlreiche Menschen erleiden Verletzungen, einige von ihnen schwere. Das „Skandaljahr“ 1888 bleibt in München und im Umland noch lange in Erinnerung. Berichte über die „Bierschlacht in München“ erscheinen auch in ausländischen Zeitungen – bis nach Madrid und Sankt Petersburg.

März 1889 – Mehr Polizei, elektrisches Licht und ein Zylinderverbot

München-Au * Die Verantwortlichen ziehen Konsequenzen aus der Salvatorschlacht des Vorjahres. Während der Starkbiersaison wird der Ordnungs- und Überwachungsdienst auf dem Nockherberg deutlich verstärkt. Elektrische Lampen sorgen zudem für eine bessere Ausleuchtung des Salvatorkellers und sollen den Sicherheitskräften die Kontrolle der dicht gedrängten Menge erleichtern. Auch Zylinderhüte sind fortan verboten, da sie 1888 einen der ersten Konflikte ausgelöst hatten. Wer mit einem Zylinder erscheint, muss ihn nach zeitgenössischen Berichten am Eingang abgeben und gegen einen Papierhut eintauschen. Damit soll das sogenannte „Zylinder-Eintreiben“ [= Zusammendrücken] verhindert und ein möglicher Anlass für neue Schlägereien beseitigt werden.

1899 – Kampf gegen den Unterschank

München * Beschwerden über schlecht eingeschenkte Maßkrüge häufen sich. Unter Wirten gilt noch der Ausspruch: „Was den Schaum betrifft, so rechnen wir den als Bier!“ Damit besteht ein



Teil des bezahlten Liters häufig nur aus Schaum. Besonders bei undurchsichtigen Steinzeugkrügen lässt sich die tatsächliche Biermenge nur schwer kontrollieren. Als Gegenbewegung gründet sich 1899 der „Verband zur Bekämpfung betrügerischen Einschenkens e. V. Sitz München“. Er fordert, den Abstand zwischen Eichstrich und Krugrand von einem auf drei Zentimeter zu vergrößern. So bleibt über der vorgeschriebenen Flüssigkeitsmenge genügend Platz für die Schaumkrone. Das Schankpersonal kann sich damit nicht länger darauf berufen, frisch gezapft Bier lasse sich bei nur einem Zentimeter Abstand zum Rand nicht ordnungsgemäß einschenken. Der Grundsatz lautet: Der Schaum gehört über den Eichstrich – und darf fehlendes Bier nicht ersetzen. Der Verein besteht heute als „Verein gegen betrügerisches Einschenken“ fort.

10. Oktober 1915 – Die Butterkrawalle in Chemnitz beginnen

Chemnitz * Mit den sogenannten Butterkrawallen beginnt in Chemnitz die erste größere Antikriegsbewegung.

16. Juni 1916 – Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen

München * Die Nahrungsmittelknappheit treibt die Münchner auf die Straßen. Bei diesen Hungerdemonstrationen kommt es zu Krawallen, da die Behörden unfähig sind, die Lebensmittelversorgung sinnvoll zu organisieren. Die dringend benötigten Nahrungsmittel erreichen häufig die Empfänger nicht, weil durch verzwickte bürokratische Regelungen häufig Brot, Fett und Fleisch oft tagelang kreuz und quer durchs Land gefahren werden - und verderben.

Jedem Münchner Bürger stehen täglich Nahrungsmittel zu, die einen Nährwert von 1.380,4 Kilokalorien entsprechen. Nach Ansicht des Ärztlichen Beirats der Stadt München für Lebensmittelangelegenheiten ist es „vollständig ausgeschlossen, dass ein gesunder Mensch bei diesen knappen Ernährungsmengen arbeitsfähig bleibt und [...] auf die Dauer eine Schädigung der Gesundheit vermieden wird“.

7. Dezember 1918 – Der Blutige Freitag im Spannungsfeld der Propagandisten

Berlin * Für die bürgerlichen Parteien sind die Schuldigen an den Vorgängen vom Vortag schnell gefunden: „Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der Spartacus-Leute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase war.“ Für die Linken erklärt Karl Liebknecht: „Es ist gar nicht



mehr zu leugnen, dass der Putsch des gestrigen Tages von der Regierung inszeniert worden ist, denn es muss doch dem Harmlosesten auffallen, dass die Ereignisse des blutigen Freitags alle miteinander in Zusammenhang stehen.“ Es lässt sich weder ein Spartakusputsch noch eine Beteiligung oder Mitwisserschaft der MSPD-Spitze an einem Putschversuch nachweisen. Doch die Faktenlage stört in dieser aufgeheizten Stimmung die Propagandisten weder von Rechts noch von Links.

5. August 1956 – Die Halbstarken-Proteste auf der Dult gehen weiter

München-Au * Am Nachmittag trifft sich eine größere Anzahl von Jugendlichen und Halbwüchsigen vor allem bei den Fahrgeschäften auf der Auer Jakobi-Dult. Sie pöbeln die Polizeibeamten an und beschimpfen sie. Gegen 20:20 Uhr weigern sich etwa 100 Jugendliche am Autoskooter den Platz zu räumen. Die Aufforderung zur Räumung des Platzes wird von den Burschen mit Geschrei und Pfeifen beantwortet. Der Widerstand gegen die Räumungsversuche der Polizei ist zunächst völlig passiver Natur. Die Burschen bleiben meist mit Händen in der Hosentasche hartnäckig stehen und müssen von den Beamten durch fortwährendes Schieben aus dem Dultgelände entfernt werden. Nach etwa 10 Minuten ist das Dultgelände geräumt und die Beamten werden wieder zurückgezogen. Da ziehen zwei Jugendliche mit Geschrei und Gejohle über den bereits leer geräumten Platz, denen sich eine lärmende Horde junger Burschen anschließt, die mit lautem Geschrei über den Platz marschiert. Auch die nunmehr erfolgte Festnahme der beiden Jungen ändert nichts mehr. Die Jugendlichen rotten sich zusammen. Die erneut eingesetzten Polizeibeamten werden teilweise von der Masse der Jugendlichen, die sich inzwischen auf etwa 300 erhöht hat, eingekeilt und muss von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Sie werden mit Geschrei und Schimpfworten bedacht. Die eingesetzten Funkstreifenwagen werden mit Steinen beworfen.

17. August 1956 – Lassen uns von Lausbuben nicht auf der Nase herumtanzen!

München - München-Au * Innenminister Dr. August Geislhöringer von der Bayernpartei äußert sich gegenüber der Süddeutschen Zeitung zu den Vorfällen mit den „Halbstarken“ auf der Auer Dult folgendermaßen: „Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen, am wenigsten von Lausbuben!“

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt



München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarken‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.

14. September 1956 – Dialog statt Repression bei den „Halbstarken“

München - München-Au * Der SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger macht in der Frage der des Umgangs mit den „Halbstarken-Krawallen“ auf der Auer Jakobi-Dult das einzig Richtige, indem er nicht über, sondern mit der Jugend sprechen will. In Zusammenarbeit mit dem Jungbürger- und Jugendforum München veranstaltet er im Hofbräukeller eine öffentliche Diskussion über das Thema „Gibt es Halbstarke?“. Die eingeladenen Blasführer kommen zur Diskussion und tragen ihre Forderungen vor. In Zusammenarbeit mit der Polizei und der Presse kann das Problem in München im Laufe der Zeit eingedämmt werden. Das wird aber erst nach den „Schwabinger Krawallen“ sein.

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem



Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Aufruf und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

20. Juni 1962 – Der Polizeieinsatz am Wedekind-Brunnen

München-Schwabing * Der nächste Polizeieinsatz, der letztlich zu den Schwabinger Krawallen führen wird, erfolgt am Wedekindplatz. Am späten Abend schreiten die Ordnungshüter gegen eine Gruppe Gitarristen und deren rund 150 Zuhörer ein, weil sie „ruhestörenden Lärm verursachten, indem sie musizierten, sangen, in die Hände klatschten, zum Teil auch tanzten und grundlos grölten“. Weil die Beamten mit Pfeifen und Buhrufen empfangen werden, rufen sie umgehend das kleine Überfallkommando herbei. Nach einer dreimaligen über Lautsprecher verbreiteten Aufforderung den Platz zu verlassen, räumen die Zuschauer - ohne nennenswerten Widerstand - den Wedekindplatz.

21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern,



nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur Anzeige gebracht.

22. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle gehen weiter

München-Schwabing * Freitag. Die Schwabinger Krawalle gehen weiter. Ab 21 Uhr laufen „unzählige junge Leute [...] immer weiter in die Fahrbahn hinein“ und blockieren damit die Leopoldstraße. Nach Beschwerdeanrufen trifft die Polizei ein. Der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Polizeipräsident Manfred Schreiber sprechen mit den Protestierenden. Letztlich werden sie aber von den 10.000 Anwesenden niedergeschrien und ausgepiffen, weshalb es zur zweiten gewaltsamen Räumung der Leopoldstraße kommt. Die Auseinandersetzungen dauern bis in die frühen Morgenstunden an. Laut Polizeibericht kommen über 100 Polizisten zum Einsatz, die 24 Protestierer festnehmen und vier weitere nachträglich zur Anzeige bringen.

23. Juni 1962 – Bei einer Straßenschlacht werden 14 Randalierer schwer verletzt

München-Schwabing * Samstag. Wieder versammeln sich bis zu 10.000 Protestierer auf der Leopoldstraße und erstellen Straßenblockaden. Mit Feuerwerkskörpern versuchen sie die Pferde der berittenen Polizei scheu zu machen. Flaschen und Steine fliegen in Richtung der Polizei. Dabei werden drei Beamte verletzt. Bei einer regelrechten Straßenschlacht, bei der die Polizei vom massiven Schlagstockeinsatz gebrauch macht, werden 14 Randalierer schwer verletzt. Der Student Georg Friz schwebt nach einem Leberriß in Lebensgefahr. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel haben an diesem Samstag weniger die Studenten als „vor allem der Pöbel aller Stadtviertel“ in Schwabing ihr Unwesen getrieben. Laut Polizeibericht kommen über 150 Polizisten zum Einsatz. 16 Protestierer werden festgenommen und neun nachträglich zur Anzeige gebracht.



24. Juni 1962 – Wieder beginnen die Straßenblockaden

München-Schwabing * Sonntag. Die Proteste der Schwabinger Krawalle lassen zwar nach, doch Pressebeobachter zählen immer noch 3.000 Teilnehmer. Sogar Studentengruppen wenden sich nun gegen die Fortsetzung des Protests. Wieder beginnen die Straßenblockaden. Es kommt zu den „härtesten Auseinandersetzungen“, die sich auch an der besonders hohen Zahl von Festnahmen ablesen lässt. Man schiebt die Gewalttätigkeit der Halbstarken-Szene zu. Doch spätere Untersuchungen können diese Mutmaßung nicht bestätigen. Der Anteil der Studenten an den Protestveranstaltungen hat sich gegenüber dem Vortag prozentual sogar erhöht. Laut Polizeibericht kommen über 450 Polizisten zum Einsatz, die 85 Protestierer festnehmen und 13 nachträglich zur Anzeige bringen.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehr auf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen 248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DM. Die Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist,



der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihaftanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige und tatkräftige Einschreiten.

26. Juni 1962 – 250 Demonstranten treffen sich am Monopteros

München-Lehel - Englischer Garten * Am Monopteros im Englischen Garten treffen sich rund 250 Protestierer zu einer vom Ordnungsamt verbotenen Kundgebung. Doch statt der Protestkundgebung wird über die Ereignisse der Schwabinger Krawalle diskutiert und in einer Resolution eine genaue Überprüfung der Vorfälle und die Kennzeichnung der Polizisten mit Dienstnummern gefordert. Die Versammlung wird aufmerksam von der Polizei beobachtet. Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität distanziert sich per Flugblatt von den Protesten.

27. Juni 1962 – Die Mitglieder des Stadtrats stellen sich hinter die Münchner Stadtpolizei

München-Graggenau * In einer Interfraktionellen Erklärung stellen sich nahezu alle Mitglieder des Stadtrats hinter die Münchner Stadtpolizei.

29. Juni 1962 – Das Studentenparlament missbilligt das Verhalten der Protestierer

München-Maxvorstadt * Das Studentenparlament der Ludwig-Maximilians-Universität missbilligt das „teilweise kriminelle Verhalten“ einzelner Protestierer. Es schreibt aber die Hauptschuld an den Ausschreitungen bei den Schwabinger Krawallen dem „unklugen und rücksichtslosen Vorgehen der Polizei“ zu.

1. September 1962 – Der AStA veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Krawallen

München-Maxvorstadt * Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Schwabinger Krawallen. Er stellt fest, dass es sich dabei insgesamt um keine Studentenunruhen gehandelt hat. Nur an den ersten Protestabenden waren Studenten führend beteiligt. Der Stadtpolizei wird ein



„taktisch unkluges Vorgehen“ bescheinigt.

6. November 1963 – Manfred Schreiber ist neuer Polizeipräsident

München * Manfred Schreiber wird neuer Polizeipräsident. Er zieht praktische Konsequenzen aus den polizeilichen Fehlern der „Schwabinger Krawalle“ und entwickelt - unterstützt von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel - ein flexibleres Polizeikonzept bei Großeinsätzen, das unter der Bezeichnung „Münchner Linie“ bekannt wird.

24. Juni 1966 – Die neue „Münchner Linie“ wird bei den Beatles-Konzerten eingesetzt

München * Die neue „Münchner Linie“, erarbeitet nach den sogenannten „Schwabinger Krawallen“, wird bei den Beatles-Konzerten eingesetzt
